

## PEGIDA und die Montagsdemonstrationen in der „Wende“-Zeit der DDR: Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Protests

Karl-Heinz Reuband<sup>1</sup>

### 1. Einleitung

Pegida entstand im Herbst 2014 und entfaltete in kurzer Zeit eine spektakuläre Dynamik. Während sich zu Beginn des Protests, Anfang Oktober 2014, gerade mal 350 Menschen zur Kundgebung in Dresden einfanden, waren es nur wenige Monate später – im Januar 2015 – zwischen 17.000 und 25.000. Der Höhenflug währte zwar nicht lange, die Zahlen brachen in den Folgemonaten ein und reduzierten sich auf wenige Tausend. Doch ein Ende der Bewegung zeichnete sich nicht ab. Im Juli 2018, nahezu vier Jahre nach Beginn, waren es noch zwischen 1.400 und 1.800 Personen, die sich zu den wöchentlichen Montagskundgebungen einfanden, und beim vierten Jahrestag im Oktober 2018 zwischen 3.200 und 4.100 (durchgezählt 2019).

Am 20. Oktober 2019 vermochte Pegida sogar auf ein fünfjähriges Bestehen mit nahezu 200 Kundgebungen zurückzublicken – was für soziale Bewegungen nicht nur in Deutschland ziemlich einzigartig ist. Und auch wenn die „Flüchtlingskrise“ zwischenzeitlich an Bedeutung verloren und sich die AfD mit Pegida-ähnlicher Thematik etablierte hatte – Pegida mithin einen Funktionsverlust erfahren musste –, waren es doch noch 2.500 bis 3.000 Personen, die sich auf dem Theaterplatz in Dresden versammelten. Das waren zwar weniger als im Vorjahr, aber doch genug, um die Pegida-Existenz einmal mehr zu bekräftigen.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Prof. Dr. Karl-Heinz-Reuband ist Professor für Soziologie (em.), Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

<sup>2</sup> Die geschätzte Zahl von 2.500 Personen stammt von der Sächsischen Zeitung (2019), die Zahl von 3.000 von der dpa und ging in die Berichte und Meldungen mehrerer Tageszeitungen ein. Inwieweit Pegida in der Zukunft weiterhin bestehen bleibt, ist eine offene Frage. Zwischenzeitlich wurden die Abstände zwischen den Kundgebungen z.T. verlängert, der Event-Charakter der Kundgebungen verlor an Bedeutung, es treten immer wieder die gleichen Personen auf. Und auch die gegenseitigen Abgrenzungsbemühungen von AfD und Pegida existieren nicht mehr so sehr wie früher, was für die Pegida-Sympathisanten und Teilnehmer der Kundgebungen den Transfer von Pegida auf die AfD als Vertreter der eigenen Anliegen und Interessen erleichtern müsste (und Pegida dadurch letztlich überflüssig macht). Für viele Beobachter ist es daher nur noch eine Frage der Zeit, wann sich Pegida endgültig auflöst (vgl. dazu auch Sächsische Zeitung 2019: 13).

Um was für Personen handelt es sich, die sich zu den Pegida-Kundgebungen einfanden und für die Dauerhaftigkeit des Protests mitverantwortlich sind: Novizen des Protests, ohne frühere Demonstrationserfahrungen, die durch das Thema des Pegida-Protests – den Islam, die Flüchtlingszahlen und die Asylpolitik – dazu gebracht wurden, erstmals überhaupt an einer Protestkundgebung teilzunehmen? Oder um Personen, die über eine längere Geschichte der Demonstrationsteilnahme verfügen, womöglich gar bis in die Wendezeit der DDR hinein? Als Werner Patzelt 2015 seine ersten Pegida-Erhebungen durchführte, stellte er den Befragten u.a. die Frage, ob sie zur Zeit der Wende in der DDR an den „Montagsdemonstrationen“ teilgenommen hätten. Bemerkenswerterweise bejahte dies eine Mehrheit. Und an diesem Befund hat sich auch in seinen späteren Erhebungen, die bis zum Januar 2016 reichen, mit einer Ausnahme nichts geändert.<sup>3</sup>

Patzelt beschränkte sich seinerzeit darauf, die Teilnahme an den „Montagsdemonstrationen“ zu ermitteln. Nicht erfragt wurde die Teilnahme an Demonstrationen mit anderer Thematik. Deshalb blieb es bislang offen, welcher Stellenwert den „Montagsdemonstrationen“ zukommt. Handelt es sich um eine singuläre Demonstrationserfahrung auf Seiten der Befragten – oder spiegelt sich darin eine allgemeine Bereitschaft zum Protest wider? Liegt der Anteil derer, die Erfahrungen mit anderen Demonstrationen machten, womöglich ähnlich hoch oder gar höher als der Anteil derer, die an den Montagsdemonstrationen teilnahmen?

Und wie, so fragt sich weiterhin, unterscheiden sich die Teilnehmer mit unterschiedlicher Demonstrationshistorie untereinander und im Vergleich zur Bevölkerung: in ihren sozialen Merkmalen, ihrer Einschätzung der Wende und ihren Einstellungen zum Islam und der Asylpolitik? Und wie verhält es sich mit dem subjektiven Erleben sozialer Deprivation, von dem in der Literatur häufig angenommen wird, es sei für die Unterstützung des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus einflussreicher als issuespezifische Einstellungen und politische Grundorientierungen (ausführlicher dazu Rippl und Baier 2004)?

<sup>3</sup> Der Wert lag in einer Erhebung vom Januar 2015 niedriger, vermutlich – so der Autor – weil an diesem Tag in größerem Stil Personen mobilisiert wurden, die zuvor noch nicht an Pegida-Kundgebungen teilgenommen hatten und auf das Geschehen neugierig waren (Patzelt 2016: 204).

## 2. Methodisches Vorgehen

Im Folgenden soll den Fragen näher nachgegangen werden. Wir stützen uns dabei auf Befragungen, die wir in der mittleren Phase der bisherigen Pegida-Existenz auf drei Kundgebungen in Dresden durchführten (14. Dezember 2015, 6. Februar 2016, 25. April 2016). Es handelt sich um Kundgebungen, bei denen noch eine beträchtliche Zahl von Menschen mobilisiert wurde. Waren es bei der Kundgebung der ersten Erhebung ca. 5.600, so waren es bei der zweiten (die als europaweite Kundgebung angelegt war und zu einer hohen Mobilisierung führte) rund 8.800 und bei der dritten rund 3.300.

Die Befragungen erfolgten in Form schriftlich-postalischer Erhebungen, bei denen die Interviewer die Teilnehmer nach Prinzipien einer Zufallsauswahl kontaktierten, ihnen einen Fragebogen mit Rücksendumschlag und Anschreiben überreichten und sie baten, den Fragebogen ausgefüllt an das Institut für Sozialwissenschaften der Universität Düsseldorf zu senden. Die Kontaktierung erfolgte vor Beginn der Veranstaltung an den Zugängen zum Veranstaltungsort. Rund zwei Drittel der angesprochenen Personen nahmen den Fragebogen an, und eine im Vergleich zu anderen Demonstrations-Erhebungen beträchtliche Zahl (rund 40 %) sandte ihn ausgefüllt zurück. Zwar neigten die Jüngeren etwas eher als die Älteren dazu, sich nicht an der Erhebung zu beteiligen. Von einer nennenswerten Verzerrung, welche das Bild der Demonstrationsteilnehmer verfälscht, ist jedoch nicht auszugehen (vgl. ausführlicher dazu Reuband 2016a, 2017).

Insgesamt wurden im Verlauf der drei Erhebungswellen mehr als 1.000 Fragebögen ausgefüllt zurückgesandt. Da einige der Befragten mehrfach in die Stichprobe gelangten, liegt die Zahl der Befragten etwas niedriger, bei 934 Personen.<sup>4</sup> Die Mehrheit von ihnen zeichnet sich durch eine längere Geschichte der Teilnahme an den Kundgebungen von Pegida aus, das arithmetische Mittel zum Zeitpunkt der Erhebung (2015/16) lag bei 23-mal. Ermittelt wurde die Teilnahme an Demonstrationen in der Zeit vor Pegida über die Frage, ob man „schon mal früher – bevor es Pegida gab – an Demonstrationen oder Protestveranstaltungen“ teilgenommen hätte. Unter den Vorgaben waren als Antwortkategorien aufge-

<sup>4</sup> Wenn dies von Anfang an offenkundig war, erhielten sie in den Erhebungen einen gekürzten Fragebogen, ansonsten erfolgte die Identifikation über eine Frage am Schluss des Fragebogens. Mit diesem Vorgehen ist sowohl eine Auswertung getrennt nach Erhebungswelle als auch nach Teilnehmern möglich.

führt: „Im Jahr 1989 an Montagsdemonstrationen – Montagswachen für den Frieden – Hartz IV-Demonstrationen – TTIP-Demonstrationen“ – sowie eine offene Kategorie für „sonstiges, was?“

Dass manche Befragten den Begriff der „Montagsdemonstrationen“ etwas extensiver fassten als es die Begrifflichkeit selbst nahelegt und andere Demonstrationen in der Zeit der Wende mit dazu zählten, ist nicht ganz ausgeschlossen. Auch ist nicht ganz ausgeschlossen, dass die zeitliche Spezifikation „Im Jahr 1989“ von manchen Befragten nur partiell auf das Jahr 1989 bezogen wurde, sondern Anlass war, die Montagsdemonstrationen als Ganzes in den Blick zu nehmen – also auch die vom Frühjahr 1990 – und das Jahr 1989 als Chiffre für die Zeit der Wende zu begreifen. Aus dieser Sicht dürfte sich in unserer Untersuchung das Demonstrationsgeschehen in der Wendezeit in etwas umfassenderer Weise abbilden als durch die Montagsdemonstrationen allein (was für die Zwecke unserer Analyse jedoch kein Nachteil ist).<sup>5</sup>

## 3. Die Montagsdemonstrationen in der Wendezeit der DDR

Montagsdemonstrationen waren in der Wendezeit in vielen Orten der DDR verbreitet, in größeren Städten ebenso wie in kleineren Orten. Sie entstanden aus Protesten, die sich im Herbst 1989 angebahnt hatten und formierten sich schließlich zu regelmäßigen Demonstrationen an Montagen. Leipzig nahm hierbei eine Schlüsselrolle ein (vgl. zur Chronologie: Mundus 2009, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2019). Hier fand am 25. September die erste spontane Montagsdemonstration statt, die über die Ringe der Stadt mit etwa 6.000 bis 8.000 Teilnehmern führte. Zu Beginn der Proteste in Leipzig griff die Polizei und Staatssicherheit massiv ein, Massenverhaftungen fanden statt. Am Montag, den 9. Oktober, drohten gar Verhältnisse wie bei der Niederschlagung der Proteste in Peking auf dem Platz des Himmlischen Friedens wenige Monate zuvor. Dass dies nicht eintrat, die Staatsmacht nicht eingriff, sie vor den Menschenmassen kapitulierte, machte diesen Tag zu einem Schlüsselereignis für den weiteren Verlauf der Proteste und fand auch über die Westmedien

<sup>5</sup> Dies ist der Fall, weil im vorliegenden Beitrag ein Vergleich an späterer Stelle mit Bevölkerungsumfragen vorgenommen wird und dort lediglich die Teilnahme an Demonstrationen und nicht speziell an den Montagsdemonstrationen erfragt wurde. Insofern dürfte das Ausmaß der Beteiligung der Pegida-Befragten an den damaligen Demonstrationen – wenn auch womöglich nur leicht – unterschätzt, auf jeden Fall nicht überschätzt werden.

in der DDR Sichtbarkeit. Am Montag, den 16. Oktober, stand die Demonstration in Leipzig dann noch mal vor der Auseinandersetzung mit einem massiven Aufgebot an Polizei und Staatssicherheit, doch auch diesmal blieb es friedlich; erstmals berichteten auch die DDR-Medien über die Ereignisse.

Am 18. Oktober wurde Erich Honecker als SED-Generalsekretär durch Egon Krenz abgelöst, es bahnte sich eine Neuformierung des Staates an. Am Montag, den 23. Oktober, kamen in Leipzig 300.000 Menschen zur größten Demonstration zusammen, die es bislang in der DDR gegeben hatte. Sie versammelten sich auch vor dem Stasi-Gebäude und beleuchteten es mit Tausenden von Kerzen – und demonstrieren somit zugleich die Ohnmacht des Partei- und Staatsapparats. Die Demonstration blieb friedlich, die Staatsmacht intervenierte nicht, und dies prägte auch den Verlauf der Demonstrationen in den folgenden Wochen und Monaten.

Insgesamt fanden in Leipzig in der Zeit zwischen dem 25. September und 12. März 23 Montagsdemonstrationen statt. Setzt man eine Zäsur am 16. Oktober und rechnet alle folgenden Montagsdemonstrationen als welche, die zwar nicht legal oder „genehmigt“<sup>6</sup>, aber als Kundgebung ohne Gefahr einer Auseinandersetzung mit der Staatsmacht zu werten waren, kommt man auf einen Anteil von rund vier Fünftel. Was bedeutet: Wer in Leipzig an den Montagsdemonstrationen teilnahm (und dazu gehören auch in großem Maße Menschen von außerhalb Leipzigs), tat dies in der Regel nicht mit der Gefahr vor Augen, mit großer Wahrscheinlichkeit Opfer staatlicher Zwangsmaßnahmen zu werden.

Die größten Demonstrationen gegen das DDR-Regime, gemessen an der Teilnehmerzahl, fanden in den Großstädten statt, vor allem in Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt (das heutige Chemnitz). Bezogen auf die Einwohnerzahl waren gleichwohl die kleineren Orte nicht selten diejenigen, wo die stärkste Mobilisierung erfolgte (Richter 2009: 204). In Dresden kam es am 3. und 4. Oktober im Zusammenhang mit der Ausreise von DDR-Bürgern von der CSSR nach Westdeutschland über den Bahnhof Dresden zu ersten größeren Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit der Polizei, die sich am mehreren Tagen fortsetzten. Regelmäßige Montagsdemonstrationen – wie es

sie in Leipzig bereits gab – setzten etwas später ein. Im Vergleich zu Leipzig war ihre Zahl geringer, beläuft sich auf 13 Demonstrationen (Richter 2006).

Insgesamt gingen in Leipzig im Verlauf des Protests der Wendezeit mehr als doppelt so viele Menschen auf die Straße wie in Dresden und etwa viermal so viele wie in Karl-Marx-Stadt.<sup>7</sup> Maßgeblich dafür war nicht eine höhere Zahl an Demonstrationen, sondern die besonders hohe Anziehungskraft der Montagsdemonstrationen. Sie mobilisierten Menschenmassen und zogen viele Teilnehmer auch von auswärts an (Richter 2009: 206, Heidenreich und Richter 2009). Die Montagsdemonstrationen in der DDR endeten im März 1990, kurz vor oder nach den ersten freien Volkskammerwahlen.

#### 4. Verbreitung von Demonstrationserfahrungen unter den Pegida-Teilnehmern

Wie viele der Teilnehmer an den Pegida-Kundgebungen, ungeachtet ihres Alters, nahmen einst an den Montagsdemonstrationen der Wendezeit teil? Danach gefragt gaben zwei Drittel der Befragten in unserer Erhebung an, sie hätten damals daran teilgenommen (ob in Dresden, Leipzig oder anderswo, wurde nicht erfragt). Nennenswerte Unterschiede zwischen den Erhebungswellen, die an Tagen mit unterschiedlich großer Teilnehmerzahl an den Kundgebungen stattfanden, existieren nicht. Auffallend ist allenfalls, dass in der zweiten Erhebung – sie fand im Februar 2016 statt und stützt sich auf eine Kundgebung mit relativ starker Mobilisierung – die Werte minimal niedriger ausfielen (63 %) als in der ersten (66 %) und der dritten Erhebung (67 %). Andererseits unterscheidet sich die Zahl derer, die über keine vorherige Demonstrationserfahrung verfügen, nicht zwischen der ersten und der zweiten Welle, so dass man nicht daraus folgern kann, dass schwächere Mobilisierungen den Teilnehmerkreis verstärkt auf den Kreis der Demonstrationserfahrenen reduzieren.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Die erste genehmigte Demonstration in der DDR fand am 28. Oktober in der Stadt Greiz statt. Und dazu kam es eher zufällig: Ein Mann hatte die Idee, den Antrag zu stellen, weil er verhindern wollte, dass Polizei und Staatssicherheit erneut in brutaler Weise gegen die Demonstranten vorgehen (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2019).

<sup>7</sup> Die Montagsdemonstrationen in Leipzig sind aufgrund ihrer Historie und Teilnehmerzahl prägend gewesen für die Wendezeit, mit Ausstrahlungen auch auf andere Orte und Städte der DDR, ebenso auf die Protest-Entwicklung in den späteren Jahren (bis hin zu Pegida), wo die Wahl des Wochentages bewusst an die Tradition der Montagsdemonstrationen anknüpfte (vgl. dazu Rink 2017).

<sup>8</sup> Würden sich die Teilnehmerzahlen je nach Kundgebung stärker unterscheiden, wären die Unterschiede womöglich größer. Nicht auszuschließen ist auch, dass die Tageswahl einen Einfluss ausübt. So könnte es sein, dass ein Sonntag eher als ein Montag eine breite Rekrutierung über das Stammpublikum hinaus bewirkt. Die Tatsache, dass bei Patzelt bei einer Befragung am Sonntag (im Januar 2015) der Anteil der Befragten, die früher an den Montagsdemonstrationen teilgenommen hatten,

**Tabelle 1: Teilnahme an Demonstrationen nach Alter (in %)**

	Alter (2016)					Insgesamt
	bis 41	42-51	52-61	62-71	72+	
Montagsdemonstrationen (1989)	18	67	70	70	76	65
„Mahnwachen für den Frieden“	2	6	7	3	4	5
Hartz IV-Demonstrationen	2	4	6	7	4	5
TTIP-Demonstrationen	9	17	14	14	9	13
Sonstige Demonstrationen	18	16	11	11	11	13
Keine	63	26	24	23	17	27
(N=)	(100)	(168)	(213)	(264)	(161)	(906)

*Frageformulierung:* „Haben Sie schon mal früher – bevor es PEGIDA gab – an Demonstrationen oder Protestveranstaltungen teilgenommen? An welcher?“ (Kategorien wie oben aufgeführt, Mehrfachnennungen möglich).

Erwartungsgemäß ist die Teilnahme an den Montagsdemonstrationen von der Generationszugehörigkeit stark abhängig (dazu vgl. *Tabelle 1*). Die Jüngeren können, weil sie zur Wendezeit noch Schüler oder im Kindesalter waren, an ihnen nicht teilgenommen haben. Unter denen, die sich zu der Zeit der Wende im Erwachsenenalter befanden, liegen die Anteile daher entsprechend höher: Während unter den unter 42-jährigen unserer Erhebung (sie waren zur Wendezeit 15 Jahre und jünger) lediglich 18 % an den Montagsdemonstrationen teilgenommen hatten, waren es in der nächstälteren Altersgruppe 67 % und in der ältesten Altersgruppe 76 %. Demgegenüber haben andere Themen des Protests kaum zu mobilisieren vermocht. Am ehesten ist dies bei den TTIP-Demonstrationen der Fall. Die „Montagswachen für den Frieden“ und die Hartz IV-Demonstrationen nehmen im Vergleich dazu eine marginale Rolle ein.<sup>9</sup>

Klassifiziert man die Befragten nach ihrer Demonstrationshistorie, so zeigt sich, dass 46 % ausschließlich an den Montagsdemonstrationen der Wendezeit und an kei-

mit 40 % weitaus geringer ausfiel als in seinen sonstigen Umfragen (Patzelt 2016: Anm. 123, S. 204), könnte ein Indiz dafür sein. Ansonsten belaufen sich die Angaben bei Patzelt auf Werte zwischen 70 % und 74 % (Mai 2015 70 %, April 2015 71 % und Januar 2016 74 %, vgl. Patzelt 2016: 204). Die Frage richtete sich bei Patzelt jeweils an Befragte, die zum Zeitpunkt der Befragung 40 Jahre und älter waren. Die Auswahl ist demnach mit unserem Kriterium der Altersauswahl weitgehend identisch.

<sup>9</sup> Zu den Montagsmahnwachen, Hartz IV- und TTIP Demonstrationen vgl. die – an anderen Orten als Dresden durchgeführten – Studien von Rucht und Yang (2004), Daphi et al. (2014, 2016).

ner anderen Demonstration teilgenommen hatten. 19 % waren an den Montagsdemonstrationen sowie an Demonstrationen zu anderen Themen beteiligt, weitere 9 % ausschließlich an Demonstrationen zu anderen Themen. Lediglich 27 % waren zuvor noch auf keiner Demonstration gewesen. Beschränkt man sich auf die Befragten, die alt genug waren, um an den Demonstrationen der Wendezeit teilzunehmen, steigt die Quote der Teilnehmer an den Montagsdemonstrationen auf 50 % an. Weitere 21 % beteiligten sich sowohl an den Montags-

demonstrationen als auch später an anderen Demonstrationen. Zusammen stellt dies einen Anteil von 71 % dar – ein Wert, der mit dem der Patzelt-Untersuchung (die sich auf eine ähnliche Altersuntergrenze stützt) vergleichbar ist.

**Tabelle 2: Teilnahme an Demonstrationen nach Wohnort unter Personen 16 Jahre und älter zur Wendezeit (in %)**

	Wohnort				Insgesamt
	Dresden	Umland von Dresden	Übriges Sachsen	Anderes Bundesland	
Montagsdemonstrationen (1989)	52	52	53	20	50
Montagsdemonstrationen und andere	24	18	16	25	21
Sonstige	7	5	7	15	7
Keine	18	25	24	39	23
(N=)	100 (365)	100 (253)	100 (122)	100 (59)	100 (801)

Hinsichtlich des Engagements bei den Montagsdemonstrationen macht es kaum einen Unterschied, ob jemand heutzutage in Dresden oder an anderen Orten ansässig ist. Diejenigen, die in Dresden wohnen (und vermutlich mehrheitlich dort auch zu DDR-Zeit lebten) und alt genug waren, um zu demonstrieren, frequentierten zu 76 % die Montagsdemonstrationen. Und diejenigen, die im Umland Dresdens oder anderen Orten Sachsens leben, taten dies zu 69 % bzw. 70 % (*Tabelle 2*). Nur bei den Befragten, die

aus anderen Bundesländern kamen (davon manche aus den alten Bundesländern), liegt der Anteil niedriger. Stattdessen waren andere Themen etwas häufiger Anlass für Demonstrationen.

Die Unabhängigkeit des Geschehens vom Wohnort in Sachsen mag auf den ersten Blick erstaunen – jedoch muss man sich vergegenwärtigen, dass damals (ähnlich wie heutzutage bei Pegida) viele Teilnehmer aus benachbarten Orten und Gemeinden zur Kundgebung in die größeren Städte kamen. Und man muss sich vergegenwärtigen, dass an vielen Orten Sachsens und der neuen Bundesländer ähnliche Protestaktionen in der Wendezeit stattfanden (vgl. dazu auch Schlegelmilch 1995, Küttler 1995, Heidenreich und Richter 2009). Aus dieser Sicht waren die Gelegenheiten für die Teilnahme am Protest regional breit gestreut.

Hinsichtlich der Häufigkeit, mit der an den Pegida-Veranstaltungen bislang teilgenommen wurde, zeichnen sich die Befragten, die sowohl bei den Montagsdemonstrationen der Wendezeit als auch an anderen Demonstrationen teilnahmen, durch ein überproportionales Engagement aus. Sie nahmen zum Zeitpunkt der Erhebung an den Pegida-Veranstaltungen in Dresden durchschnittlich 25,8-mal teil, während diejenigen, deren Erfahrungen sich auf die Montagsdemonstrationen beschränkten, dies 23,5-mal taten und die übrigen Befragten 21,3-mal. Zugleich ist bei ihnen die Teilnahme an Pegida-ähnlichen Demonstrationen an anderen Orten als Dresden weiter verbreitet als bei den übrigen Befragten – und dies nicht nur, weil ein Teil von ihnen außerhalb Dresdens ansässig ist.<sup>10</sup> Mit ihrer überproportional häufigen Teilnahme an den Demonstrationen geht einher, dass sie überproportional häufig bei den Pegida-Kundgebungen eine aktive Rolle übernehmen und sich öffentlich exponieren – sei es, dass sie ein Banner, Plakat oder Fahne tragen, in der ersten Reihe laufen, eine Mütze mit Deutschlandfarben tragen oder ähnliches.<sup>11</sup>

Wie der Vergleich mit Bevölkerungsumfragen dokumentiert, beteiligten sich die Pegida-Befragten über-

proportional am Demonstrationsgeschehen der Wendezeit. Während über 70 % an den Montagsdemonstrationen teilnahmen, tat dies in den ostdeutschen Bundesländern maximal die Hälfte der Bürger. So gaben 39 % der Befragten in einer Leipziger Bevölkerungsumfrage an, sie hätten an den Demonstrationen vor dem 9. Oktober 1989 teilgenommen (Opp und Voß 1993: 339). Und rund 45 % der Befragten einer Paneluntersuchung, die sich auf die Leipziger Erhebung stützte, gaben an, sie hätten zwischen dem 9. Oktober und 18. März 1990 an Demonstrationen teilgenommen (Jenkel und Lippert 1998: 265). Diejenigen, die vor dem 9. Oktober demonstrierten, dürften mehrheitlich Bestandteil dieser Demonstrantengruppe sein.

Informationen zum Demonstrationsgeschehen in Ostdeutschland bietet des Weiteren der „World Value Survey“ von 1990. Hier gaben 51 % der ostdeutschen Befragten – ohne zeitliche Spezifikation – an, sie hätten an „genehmigten Demonstrationen“ schon mal teilgenommen (Opp und Sievers 1998: 67). Die Spezifikation „genehmigt“ in der Frageformulierung ist hierbei nicht ohne Probleme. Denn über eine längere Zeit dürfte sich – auch nachdem sich die Situation entspannt hatte und staatliche Interventionen nicht zu erwarten waren – das Demonstrationsgeschehen ordnungsrechtlich in einer Grauzone bewegt haben, als Kundgebungen ohne vorherige Anmeldung und Genehmigung. Überdies dürfte es den Teilnehmern unbekannt gewesen sein, ob es eine Genehmigung gab oder nicht. Und es dürfte sie in dieser Phase des Protests auch nicht interessiert haben. Geht man davon aus, dass die Personen, die zuvor an illegalen Demonstrationen in der Wendezeit teilnahmen, später auch zu den „genehmigten“ Demonstrationen gingen, kann man zwar annehmen, dass zu den Teilnehmern an genehmigten Demonstrationen durchweg auch die Personen zählten, die zuvor an nicht genehmigten Demonstrationen teilnahmen. Denkbar ist aber auch, dass diejenigen, die an den offiziellen Demonstrationen des DDR-Regimes – wie etwa zur 40. Jahrfestfeier – teilnahmen, sich bei dieser Frage ebenfalls als Teilnehmer genehmigter Demonstrationen definierten.

Somit dürften die realen Zahlen zur Teilnahme an den Protesten der Wendezeit eher niedriger liegen als es die Angaben des „World Value Surveys“ (und ebenso der „Basisstudie 1991“ und ALLBUS 1992) ausweisen.<sup>12</sup> Und noch niedriger müsste man die

<sup>10</sup> Das arithmetische Mittel liegt bei 4,2-mal, während es bei den übrigen Befragten zwischen 2,4- und 2,9-mal variiert. Je weiter entfernt die Befragten von Dresden wohnen, desto größer ist die Zahl der besuchten Veranstaltungen an anderen Orten.

<sup>11</sup> 36 % gaben z.B. an, sie hätten bei Pegida schon mal eine Fahne getragen, während sich bei denen, deren Demonstrationserfahrung sich auf die Montagsdemonstrationen zur Wendezeit beschränkte, der Anteil auf 21 % belief, desgleichen bei denen, die sich ausschließlich bei anderen Demonstrationen beteiligten. Des Weiteren gaben 29 % an, sie hätten schon mal ein Banner oder Plakat getragen, während es bei den Befragten, deren vorherige Demonstrationserfahrung sich auf die Montagsdemonstrationen beschränkte, 17 % waren.

<sup>12</sup> Im Zusammenhang mit der Schätzung der Teilnehmerzahlen ist auch die Spezifikation der Zielsetzung der Demonstrationen in der Fragekonstruktion zu beachten: ob diese angesprochen wird oder nicht. Im „World Value Survey“ wurde gesagt, dass es unterschiedliche Formen politischen Handelns gäbe und man den Befragten bitte, für die verschiedenen For-

Zahl derer ansetzen, die zu Montagsdemonstrationen gingen, da die Montagsdemonstrationen nur ein Subset des Demonstrationsgeschehens als Ganzes darstellten. Noch deutlicher wird unter diesen Umständen dann, wie sehr die Teilnehmer der Montagsdemonstrationen unter den Pegida-Befragten überrepräsentiert sind. Natürlich bedeutet die Überrepräsentation nicht die Existenz einer direkten Verbindungslinie von den Montagsdemonstrationen zu Pegida, bedeutet nicht, dass sich in den Pegida-Teilnehmern die Orientierungen und Interessen der Teilnehmer an den Montagsdemonstrationen widerspiegeln. Die Überrepräsentation bedeutet lediglich, dass sich eine *Subgruppe* der damaligen Teilnehmer im Pegida-Protest wiederfindet. Ein Querschnitt der damaligen Demonstranten muss dies nicht sein, weder in sozialer noch in politischer Hinsicht. Partielle Übereinstimmungen, vor allem in den sozialen Merkmalen, sind gleichwohl möglich.

### 5. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung

Eine Übereinstimmung zwischen den Montagsdemonstranten und den Pegida-Teilnehmern betrifft die Geschlechterverteilung: Männer stellten die Mehrheit der Teilnehmer an den Leipziger wie auch den Dresdner Montagsdemonstrationen. Bei den Leipziguern belief sich der Anteil auf zwei Drittel bis drei Viertel (Förster und Roski 1990: 161). In Dresden dürften Fotos der damaligen Zeit zufolge ähnliche Verhältnisse üblich gewesen sein.<sup>13</sup>

men politischen Handelns anzugeben, ob sie so etwas schon mal getan hätten. In der „Basisstudie 1991“ und im ALLBUS 1992 (Werte bei 22 % bzw. 28 %) hieß es dagegen, dass es verschiedene Verhaltensweisen gäbe, die Menschen wählen „um gegen etwas zu protestieren, oder um die Öffentlichkeit auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen“ (vgl. Jenkel und Lippert 1998: 283f.). Damit werden im „World Value Survey“ im Gegensatz zur „Basisstudie 1991“ und dem ALLBUS 1992 auch Demonstrationen einbezogen, die nicht notwendigerweise den Charakter des Protestes haben. Angesichts dessen ist es nicht verwunderlich, dass die Zahlen für Demonstrationsteilnahme zwischen 1990 und 1991, 1992 sinken: weil die Begrifflichkeiten in den Umfragen andere sind und nicht notwendigerweise weil die Demonstrationsteilnahme gesunken ist (die ohnehin in den Erhebungen ohne zeitliche Spezifikation, als Handeln niemals im Leben, formuliert ist!).

<sup>13</sup> Umfragen unter Dresdner Demonstranten gibt es nicht. Unter diesen Bedingungen besteht die einzige Möglichkeit, auf Fotos von Demonstrationsereignissen zurückzugreifen und die Personen auszuzählen, deren Geschlechterzugehörigkeit anhand von Gesicht und/oder Kleidung identifizierbar ist. Auf der Basis von 19 Fotos, die sich auf Demonstrationsereignisse/Proteste in Dresden beziehen, ließ sich in dieser Weise ein Männeranteil um die 71-72 % berechnen. Dabei macht es keinen grundsätzlichen Unterschied, ob man sich bei der Berechnung auf die Zahl der ermittelten Personen (N=319) stützt oder auf

Unter den Teilnehmern der Pegida-Demonstrationen stellt sich das Geschlechterverhältnis nicht viel anders dar. So beläuft sich der Männeranteil in unserer Umfrage auf drei Viertel (75 %). Ähnliche Werte hatten bereits die Studien von Vorländer (2015), Geiges et al. (2016), Daphi et al. (2015) und Patzelt (2016) aus der Frühzeit von Pegida erbracht. Dass es sich bei der starken Überrepräsentation von Männern nicht um die Folge einer selektiven Teilnahme an den Befragungen handelt, belegen systematische Beobachtungen, die Dieter Rucht mit seinem Team während der Großkundgebung im Januar 2015 unternahm (Daphi et al. 2015).

Die Ähnlichkeit in der Geschlechterverteilung zwischen den Teilnehmern der Montagsdemonstrationen und den Pegida-Befragten bedeutet, dass die Interpretationen, welche den hohen Männeranteil bei Pegida allein als Folge des martialischen Auftretens der Teilnehmer, als Reflex rechter Ideologie oder spezifischer Geschlechtervorstellungen interpretieren, der Realität nicht gerecht werden.<sup>14</sup> Realistischer erscheint es uns, die spezifische Zusammensetzung auch als eine Folge einer größeren Risikobereitschaft zu sehen, die mit der Übernahme einer devianten Rolle<sup>15</sup> einhergeht und einen erhöhten Männeranteil

das arithmetische Mittel des Männeranteils auf den jeweiligen Fotos (letzteres hat den Vorteil, dass Bilder mit einer atypisch hohen Zahl identifizierter Teilnehmer – womöglich handelt es sich um einen Sonderfall – den Gesamtbefund überproportional beeinflussen). Einen möglichen Sonderfall (und in die obige Kalkulation nicht mit einbezogen) stellt die Demonstration für eine neue Verfassung am 19. November 1989 in Dresden dar (10 Tage nach Öffnung der Mauer), initiiert von bekannten Dresdner Künstlern – wie Günther Emmerich und Ludwig Güttler –, die auch auf dem Podium auftraten. Dies mag der Veranstaltung eine besondere Note gegeben haben. Der Anteil der Männer (auszählbar für die ersten 4-5 Reihen vor dem Podium) beläuft sich hier auf 56 % (49 von 87 Personen).

<sup>14</sup> Dass Männer die Mehrheit der Demonstranten stellen, ist nicht immer der Fall. Es kommt auch auf das Thema und die eigenen Interessen an und wohl auch, ob es sich um eine Demonstration handelt, die am Rande der Legalität steht oder einen Polizeieinsatz zur Folge haben könnte. Bei den Demonstrationen gegen die Hartz IV-Gesetzgebung in Leipzig, Magdeburg und Bielefeld im Jahr 2004 stellten die Männer einen Anteil von zwei Drittel (Rucht und Yang 2004: 21, bei den TTIP- und Ceta-Demonstrationen im Jahr 2015 in Berlin einen Anteil von 53 % (Daphi et al. 2016: 4), ebenfalls war dies bei den Friedensdemonstrationen im Jahr 2003 der Fall (Rucht 2003: 11). Zu dem hohen Frauenanteil bei den letztgenannten Demonstrationen mit beigetragen haben mag z.T. auch, dass es sich um ein relativ junges Publikum handelte und damit auch Generationseffekte Einfluss genommen haben könnten.

<sup>15</sup> Verwiesen sei in diesem Zusammenhang u.a. auf die Überrepräsentation der Männer bei kriminellen Delikten, riskantem Fahrstil, Gesundheitsverhalten (vgl. u.a. Sieverding 2000, Bosak 2006) oder bei der Bereitschaft, sich zu kontroversen Themen in Alltagssituationen zu äußern (vgl. Noelle-Neumann 1993: 25).

begünstigt: in der Wendezeit deviant im Kontext des politischen Systems und im Fall von Pegida im Kontext der gesellschaftlichen Einstellungen der Bürger zu Pegida.<sup>16</sup> In beiden Fällen ist auch an die Möglichkeit gewalttätiger Auseinandersetzung mit Vertretern des staatlichen Systems bzw. des Gegenprotests zu denken – Risiken, die Frauen im Allgemeinen eher meiden als Männer.

Bezüglich der Alterszusammensetzung erbrachten die Leipziger Untersuchungen eine Überrepräsentation Jüngerer unter den Teilnehmern der Montagsdemonstrationen der Wendezeit. Die unter 40-jährigen bildeten die Mehrheit (Mühler und Wilfsdorf 1991: 40, Förster und Roski 1990: 161). Wie sehr eine ähnliche Zusammensetzung für die Montagsdemonstrationen an anderen Orten – einschließlich Dresden – bestand, ist unbekannt. Vermutlich stellten sich die Verhältnisse recht ähnlich dar. Schließlich sind Jüngere eher bereit, Risiken einzugehen, sind weniger in das politische und soziale System durch ihre Rollenkonfigurationen eingebunden (dazu allgemein vgl. auch Becker 1969).

Was die Pegida-Kundgebungen angeht, scheinen zu Beginn der Entwicklung jüngere Teilnehmer zu einem nicht ganz untypischen Bild mit dazugehört zu haben. Mit einem Altersdurchschnitt von 49 Jahren in der Untersuchung von Vorländer (Vorländer et al. 2015) erwiesen sich die Teilnehmer als relativ jung, jünger als der Bevölkerungsdurchschnitt (das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Sachsen, 16 Jahre und älter, lag damals bei 53 Jahren, vgl. Reuband 2016a: 56). In der Zeit unserer Erhebungen galt diese Überrepräsentation schon nicht mehr, war der Altersdurchschnitt auf 59 Jahre gestiegen, und erwiesen sich nun die Älteren als überrepräsentiert (Reuband 2016a).

<sup>16</sup> Zur Beurteilung von Pegida durch die Bevölkerung und die politische Einstufung vgl. Reuband (2016b: 173f.). Inwieweit dies unmittelbare Rückwirkungen auf die soziale Zusammensetzung hat, ist unbekannt. Eine von uns vorgenommene Analyse, welche die vermutete Wahrnehmung als „rechts“ bzw. den Grad an Unterstützung für Pegida in der Bevölkerung als unabhängige Variable benutzte, erbrachte keinen Zusammenhang mit dem Männeranteil. Denkbar ist, dass in der fortgeschrittenen Phase der Pegida-Existenz, in der die Umfrage stattfand, dieser Aspekt schon keine Bedeutung mehr hatte. Die meisten Befragten hatten schließlich bereits mehrfach an Pegida-Kundgebungen teilgenommen. Im Fall der Untersuchungen der Leipziger Montagsdemonstrationen zeigte sich, dass der Männeranteil im Lauf der Zeit variierte, offenbar zunächst leicht stieg, dann jedoch wieder leicht sank (vgl. Mühler und Wilfsdorf 1990: Tab. S. 40). Inwieweit dieser Befund gegen unsere Hypothese spricht und/oder zusätzliche Rahmenbedingungen Einfluss nahmen und den Effekt überlagerten, muss an dieser Stelle offen bleiben.

Zu dieser Verschiebung mit beigetragen haben mag, dass die Pegida-Kundgebungen an Event-Charakter eingebüßt und für Personen in jüngerem und mittlerem Alter weniger attraktiv geworden waren, während sie für die Älteren (und hier vor allem den Rentnern unter ihnen) womöglich partiell den Charakter eines sozialen Beisammenseins mit Erkennungswert angenommen hatten. Darüber hinaus könnte ein Generationseffekt eine gewisse Wirkung entfaltet haben: denn die Älteren der heutigen Zeit waren einst die Jüngeren der Wendezeit. Wer sich in jüngerem oder mittlerem Alter an den Kundgebungen der Wendezeit beteiligte, zählt heutzutage zu den Älteren des Pegida-Protests. Aus dieser Sicht spiegelt sich die Kontinuität in einer unterschiedlichen Altersstruktur in den unterschiedlichen Zeiten wider.

Leider liegen aus den Befragungen der Leipziger Demonstranten (die als einzige Gegenstand von Befragungen wurden) keine Angaben zur politischen Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala vor. Auch gibt es für Dresden und andere Orte in Sachsen keine Befragungen, die Informationen dazu liefern. Denkbar ist zwar, dass die damaligen Teilnehmer im Vergleich zur Bevölkerung politisch stärker nach rechts tendierten, sie in ihrer Mehrheit gleichwohl nicht dem rechten Spektrum angehörten, sondern eher zur Mitte oder links.<sup>17</sup> Und dass aus dem Segment derer, die politisch zur Mitte oder nach rechts tendierten, sich später überproportional die Pegida-Sympathisanten und -Teilnehmer rekrutierten.

Legt man die Angaben der Links-Rechts-Skala unserer Erhebung zugrunde, lässt sich kein Hinweis dafür finden, dass sich die Teilnehmer an den Montagsdemonstrationen nennenswert von denen ohne oder mit anderer Demonstrationserfahrung unterscheiden.<sup>18</sup>

<sup>17</sup> Personen mit rechten Einstellungen dürften überproportional das DDR-Regime abgelehnt und sich deshalb überproportional an den Protesten beteiligt haben – in welchem Umfang ist jedoch unklar. Legt man die verfügbaren Informationen aus den Leipziger Befragungen der Wendezeit zugrunde, so zeigt sich (erwartungsgemäß) eine Unterrepräsentation von SED Sympathisanten und Mitgliedern unter den Demonstranten. Hinsichtlich der Einstellung zu Ausländern (es gibt in den Umfragen den etwas nebulösen Satz „Auftreten gegen Ausländer, die in der DDR arbeiten“), erweisen sich die Teilnehmer anscheinend ähnlich eingestellt wie die Bevölkerung. Sie plädieren in der Mehrheit gegen ein „Auftreten gegen Ausländer“ (vgl. Förster und Roski 1990: 161, 165, 168). Mehr Informationen zu der Thematik stehen aus den Umfragen zu den Montagsdemonstrationen leider nicht zur Verfügung.

<sup>18</sup> Auf der 10-stufigen Links-Recht Skala (1=links, 10= rechts), nahmen die Befragten, die ausschließlich an den Montagsdemonstrationen zuvor teilgenommen hatten, einen Wert von 6,4 ein. Diejenigen, die an Montagsdemonstrationen und anderen Demonstrationen teilgenommen hatten, einen Wert von

Im Vergleich zur Bevölkerung Dresdens und der in den neuen Bundesländern gilt freilich bei allen Pegida-Befragten, dass sie eine nach rechts hin verschobene Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Skala – überwiegend zur Mitte hin – einnehmen (Reuband 2016a: 60f.). Dabei ist im Allgemeinen vom Überwiegen konservativer bis rechtspopulistischer und nicht vom Überwiegen rechtsextremer Orientierungen und Traditionen auszugehen. Die Mehrheit, auch die sich rechts von der Mitte einstuft, hat in der Vergangenheit die CDU gewählt, nicht die NPD oder eine andere rechtsextreme Partei (Reuband 2017: 118).<sup>19</sup>

## 6. Einstellungen zum Islam, Flüchtlingen und Unzufriedenheit mit der Politik

Wie verhält es sich mit den Themen, die im Fokus der Pegida-Kundgebungen stehen: dem Islam, Muslimen und Flüchtlingen? Gibt es (wie zuvor als denkbare Variante genannt) eine Tendenz, wonach diejenigen, die über keine Demonstrationserfahrungen verfügen (bzw. nicht an den Montagsdemonstrationen teilnahmen), stärkerer motivationaler Anreize bedürfen, um sich für die Teilnahme an Pegida-Kundgebungen zu entscheiden als die Demonstrationserfahrenen? Unterscheiden sich die Schwellenwerte des Zugangs, bedeutet die Teilnahme für Demonstrationserfahrene die Fortsetzung einer bereits etablierten Praxis, während von den anderen Teilnehmern in stärkerem Maße Hemmschwellen zu überschreiten sind?

6,1, die an sonstigen Demonstrationen nur teilgenommen hatten von 6,0 und die nicht an Demonstrationen teilgenommen hatten von 6,2 (Basis jeweils Befragte, die im Jahr 1989 16 Jahre und älter waren). Die Unterschiede erwiesen sich als statistisch nicht signifikant.

<sup>19</sup> Als komplexer als oft angenommen ist auch die Einstellung zu Asylfragen anzusehen. Dass wer politisch verfolgt wird, weiterhin in Deutschland Asyl bekommen soll, wird unserer Umfrage zufolge von mehr als vier Fünftel der Pegida-Befragten bejaht. Dass die meisten Asylbewerber aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen, meinen ebenfalls mehr als vier Fünftel. Damit scheinen die Pegida-Befragten das Grundrecht auf Asyl nicht generell in Frage zu stellen, sondern sich vor allem in der Einschätzung der Motive und der Hilfsbedürftigkeit der Asylbewerber von anderen Teilen der Bevölkerung zu unterscheiden. Der Bezugsrahmen („Framing“), vor dem die Ereignisse wahrgenommen und interpretiert werden, ist ein anderer. Und entsprechend differieren (zusätzlich durch ideologische und parteipolitische Momente beeinflusst) die Maßnahmen in Fragen der Asylpolitik, die befürwortet oder abgelehnt werden. In der Bevölkerung wurde 2019 zu 41 % die Meinung vertreten, die Flüchtlinge kämen mehrheitlich wegen Krieg und Verfolgung. Dass sie mehrheitlich aus wirtschaftlichen Gründen kämen, meinten 53 %. Je stärker die Befragten nationale Orientierungen vertraten, desto eher wurden wirtschaftliche Gründe als Hauptmotiv genannt (Faus und Storks 2019: 17).

Träfe letzteres zu, müssten die motivationalen Anreize – die Kritik und Zurückweisung von Islam, Muslimen und den Zuzug von Flüchtlingen ebenso wie die Unzufriedenheit mit dem politischen System – umso größer sein, je geringer die vorherige Demonstrationserfahrung ist. Andererseits gibt es aus früheren Studien auch Befunde, die gegenteilige Zusammenhänge nahelegen. So schreibt Werner Patzelt, dass die Teilnehmer an den Montagsdemonstrationen häufiger islamkritische Einstellungen äußerten als die Nichtteilnehmer (Patzelt 2016: 205). Inwieweit diejenigen, die nicht an den Montagsdemonstrationen teilnahmen, über andere Demonstrationserfahrungen verfügen, wurde von ihm nicht untersucht. Aus unseren Befunden lässt sich herleiten, dass die Mehrheit von ihnen zuvor an keiner anderen Demonstration teilnahm, so dass man erwarten würde, dass – wenn Patzelts Befunde Bestand hätten – es die Demonstrationserfahrenen und nicht die Unerfahrenen wären, die sich stärker durch islamophobe Einstellungen auszeichnen.

Wie man *Tabelle 3* entnehmen kann, unterscheiden sich die Teilnehmer der Montagsdemonstrationen in dieser Frage jedoch nur wenig oder gar nicht von denen, die bislang an keinen Demonstrationen teilgenommen haben. Dass der Islam eine Bedrohung sei oder man den Moscheebau untersagen solle, äußern genauso viele der ausschließlichen Teilnehmer der Montagsdemonstrationen wie diejenigen, die zuvor an keiner Demonstration teilgenommen hatten. Lediglich bei der Aussage, dass die Zuwanderung von Muslimen untersagt werden solle, scheint es auf den ersten Blick einen Effekt zu geben, und dieser weist die Nichtteilnehmer von Demonstrationen als stärker islamophob aus – aber es gilt nur für diejenigen, welche zur Zeit der Wende älter als 16 Jahre alt waren. Bei denen, die jünger waren (und nicht über Demonstrationserfahrungen verfügen) liegt der Wert am niedrigsten. Der Effekt erweist sich bei näherer Prüfung statistisch zudem als nicht signifikant. Desgleichen ergeben sich keine nennenswerten Unterschiede in der Beurteilung der Politik. Dass man mit der Demokratie (wie sie praktiziert wird) und mit der Bundesregierung unzufrieden sei, wird geradezu universal als Ansicht vertreten. Und dass man wenig oder kein Vertrauen in den Staat hätte, meinen über alle Subgruppen hinweg mehr als vier Fünftel der Befragten.

Dass diejenigen, die bislang keine Erfahrungen mit Demonstrationen zuvor gemacht hatten, für die Teilnahme stärkerer Anreize auf der Ebene ihrer ideologischen Orientierungen und Realitätsdefinitionen bedürfen, lässt sich also nicht feststellen. Umgekehrt



**Tabelle 3: Einstellungen zu Flüchtlingen, dem Islam und Politikverdrossenheit (ausgewählte Antwortkategorien) nach Art der Demonstrationserfahrung (in %)**

	16 Jahre und älter im Jahr 1989				1989 jünger als 16 Jahre	Insgesamt
	Montagsdemo (1989)	Montagsdemo und andere	Sonstige	Keine		
<i>Volle Zustimmung</i>						
- Angst, dass immer mehr Flüchtlinge	81	76	80	82	64	78
- Islam Bedrohung für Deutschland	87	81	80	87	77	84
- Zuwanderung von Muslimen untersagen	44	37	38	50	30	42
- Verbot von Moscheebau	76	70	61	76	61	72
Unzufrieden mit Demokratie	94	95	96	92	90	93
Unzufrieden mit Bundesregierung	99	98	98	97	99	99
Vertrauen in Staat wenig/überhaupt nicht	82	87	83	80	82	82

*Frageformulierungen:* „Es macht mir Angst, dass immer mehr Flüchtlinge kommen“ – „Der Islam ist eine Bedrohung für Deutschland“ – „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ – „Der Bau von Moscheen sollte in Deutschland verboten werden“ (Antwortkategorien: Stimme voll und ganz zu – stimme eher zu – stimme eher nicht zu – stimme überhaupt nicht zu. HIER aufgeführt: Stimme voll und ganz zu). „Wie zufrieden sind Sie mit dem Funktionieren der Demokratie heutzutage in Deutschland?“; „Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung?“ (Antwortkategorien in beiden Fällen: Sehr zufrieden – zufrieden – unzufrieden – sehr unzufrieden. HIER aufgeführt: unzufrieden, sehr unzufrieden); „Wie stark ist Ihr Vertrauen zu unserem Staat, dass Sie sich, wenn notwendig, auf ihn verlassen können?“ (Antwortkategorien: Sehr stark – stark – mittel – wenig – überhaupt nicht. HIER aufgeführt: wenig, überhaupt nicht.)

gilt ebenso, dass man auf Seiten der Teilnehmer der Montagsdemonstrationen in der Wendezeit – anders als in Patzelts Untersuchung – keine überproportional islamkritische Haltung antrifft. Betrachtet man das Statement in der Patzelt-Untersuchung näher, so wird ersichtlich, dass es sich – im Vergleich zu unseren Statements – um eine relativ milde Variante islamkritischer Einstellung handelt: es geht darum, ob der friedliche Islam zu Deutschland gehört.

Wenn „härtere“ Fragen wie unsere schon keinen Effekt haben, um wie viel mehr müsste dies für „milde“ Fragen wie die von Patzelt gelten? Dass dies nicht zutrifft, es einen Effekt gibt, dürfte Folge thematischer Besonderheiten sein. Das Statement in der Patzelt Untersuchung thematisiert die nationale Zugehörigkeit, und diese war für die Ostdeutschen zur Zeit der Wende von großer Bedeutung, mehr als für die Westdeutschen – ging es doch in der Wendezeit maßgeblich um die nationale Zugehörigkeit: gehören die Ost- und die Westdeutschen zu einer Nation, sollten die Ostdeutschen mit den Westdeutschen wiedervereinigt werden? Es waren Fragen, die geradezu von existentieller Bedeutung waren, betrafen sie doch die Übernahme eines anderen politischen und wirtschaftlichen Systems, anderer Lebensverhältnisse und neuer Identitäten.<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Der Prozess der Erosion in der Identitätskonstruktion setzte bereits gegen Ende der DDR ein. Man sah sich mehrheitlich

Die Frage der nationalen Zugehörigkeit prägte maßgeblich die Montagsdemonstrationen und durchlief hier innerhalb relativ kurzer Zeit einen Wandel im öffentlichen Diskurs. Auf der Leipziger Montagsdemonstration vier Tage nach dem Mauerfall wurde erstmals eine Zeile aus der DDR Hymne „Deutschland einig Vaterland“ öffentlich laut (die zuvor nicht gesungen werden durfte). An diesem Tag noch deutlich in der Minderheit, so wird berichtet, wuchs in den nächsten Wochen rapide die Zahl derer an, die diese Zeile aufnahmen oder den Ruf der ersten Montagsdemonstration „Wir sind das Volk“ abwandeln in „Wir sind ein Volk“ (Ohse 2009: 272) und dies auch auf Plakaten öffentlich kundtaten.

Mit diesen Veränderungen ging ein Wandel auf der Ebene der Einstellungen einher. Auf den Leipziger

als Deutsche, aber immer weniger als Bürger der DDR – weil die Identifikation als Bürger der DDR mit politischen Konnotationen versehen war und man sich zusehends von der DDR distanzierte (vgl. Förster und Roski 1990: 94). Eine andere Frage ist, wie sehr man sich im Verlauf der Zeit als Bürger der Bundesrepublik begriff oder primär als Ostdeutscher bzw. als Bürger der neuen Bundesländer. Der Prozess nationaler Identitätskonstruktion ist bis heute nicht vollendet. Nach wie vor sieht sich ein beträchtlicher Anteil in erster Linie als Ostdeutscher und bezieht sein Identitätsgefühl aus dieser Zugehörigkeit. Die Tatsache, dass sich viele als Bürger zweiter Klasse klassifiziert sehen, mag mit dazu beitragen (vgl. zur Thematik u.a. Koch 1998, Westle 1999, Blank et al. 2000, Köcher 2019).

Montagsdemonstrationen Anfang Dezember waren diejenigen, die sich deutlich für eine Vereinigung von DDR und Bundesrepublik aussprachen – so belegen es Umfragen unter den Demonstranten in Leipzig – noch eine Minderheit. Die Mehrheit war entweder eingeschränkt dafür oder dagegen. Anfang März 1990 waren die dezidierten Befürworter einer Wiedervereinigung dann jedoch zur übergroßen Mehrheit geworden (vgl. Förster und Roski 1990, Tab. S. 164).

Dass die Forderung nach einer deutschen Einheit erst in einer späteren Phase der Protestwelle vermehrt aufkam, belegt auch eine Analyse der Parolen, die auf den Demonstrationen kundgetan wurden (vgl. Heidenreich und Richter 2009: 67). Und es zeigt der Blick auf das Erscheinungsbild der Demonstrationen: die Zahl der schwarz-rot-goldenen Fahnen ohne DDR Emblem nahm deutlich zu und dominierte schließlich das Geschehen (Förster und Roski 1990: 163).

Angesichts dieses neu erwachten Diskurses um die nationale Zugehörigkeit ist es durchaus denkbar und naheliegend, dass nicht wenige Teilnehmer der Montagsdemonstrationen, die eine Wiedervereinigung forderten („Wir sind ein Volk“), einen eher exklusiven Anspruch auf nationale Zugehörigkeit erhoben und die Grenzen der Zugehörigkeit eng zogen – bildete doch der Rekurs auf die gemeinsame (deutsche) Zugehörigkeit die Basis der Forderungen nach Wiedervereinigung. Überdies gab es kaum Muslime in der DDR. Sie waren nicht Teil der eigenen Lebenswirklichkeit. Aus dieser Sicht dürfte es für viele Ostdeutsche keinen Sinn gemacht haben, die Frage zu bejahen, ob der (friedliche) Islam zu Deutschland gehöre.

Es könnte sich bei dem Effekt der Patzelt-Untersuchung also um einen Sonderfall handeln, der für die (im Übrigen schwachen) Unterschiede zwischen den Teilnehmern der Montagsdemonstrationen und den übrigen Befragten dieser Studie verantwortlich ist. Bedeutsamer an dieser Stelle ist: Wenn es um Aussagen geht, die deutlich islamophoben Charakter haben und keinen Bezug zu nationaler Zugehörigkeit wie in Patzels Untersuchung vermitteln – wie die von uns verwendeten Statements –, macht es keinen Unterschied, ob an den Montagsdemonstrationen teilgenommen wurde oder nicht.<sup>21</sup>

<sup>21</sup> Wir haben dies auch nochmal geprüft, indem wir für diejenigen, die zur Zeit der Wende 16 Jahre und älter waren, die Korrelation zwischen der Variablen Teilnahme an den Montagsdemonstrationen in dichotomisierter Form (also ohne weitere Unterteilung) und den jeweiligen Statements berechneten. Es ergab sich keine statistisch signifikante Beziehung.

Und wie verhält es sich mit den Einstellungen der Pegida-Teilnehmer im Vergleich zur Bevölkerung? Setzt man die Einstellungen mit denen in zeitnahen Bevölkerungsumfragen in Beziehung<sup>22</sup>, so wird ersichtlich, wie sehr die Teilnehmer an den Pegida-Kundgebungen – gleichgültig, welcher Subgruppe sie angehören – eine im Vergleich zur Bevölkerung islamkritischere, feindlichere Position einnehmen und eine größere Politikverdrossenheit aufweisen. So bejahten die Aussage, dass man die Zuwanderung von Muslimen untersagen sollte, in unserer Umfrage 42 % „voll und ganz“. Zusammen mit denen, die der Aussage „eher“ zustimmen, kommt man auf einen Anteil von 75 %. Demgegenüber antworteten in einer bundesweiten Bevölkerungsbefragung vom Frühjahr 2016 auf die gleiche Frage nur 41 % mit Zustimmung (Decker et al. 2016: 50), ebenso war dies in Sachsen der Fall.<sup>23</sup> Dass der Bau von Moscheen in Deutschland verboten werden sollte, stimmten in unserer Pegida-Umfrage 73 % „voll und ganz“ und weitere 17 % „eher“ zu, zusammen also 90 %. Demgegenüber äußerten sich in einer (etwas älteren) bundesweiten Bevölkerungsumfrage nur eine Minderheit in gleicher Weise (vgl. Statista 2019).

Deutliche Unterschiede treten ebenfalls in der Beurteilung der politischen Verhältnisse zutage. Dass man mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sei („sehr“ oder „eher“), wurde von 90 % der Pegida-Teilnehmer geäußert, gleichgültig über welche Demonstrationserfahrungen sie verfügen. Demgegenüber meinten in einer in Sachsen im August 2016 durchgeführten Bevölkerungsumfrage nur halb so viele (42 %), sie seien mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik in der Praxis funktioniert, sehr oder eher unzufrieden (Sachsen Monitor 2016: 276).<sup>24</sup>

<sup>22</sup> In unserer Untersuchung wurde eine Vielzahl von Fragen wortgleich zeitnahen Bevölkerungsumfragen entnommen, um Vergleichsmöglichkeiten zu ermöglichen. In den meisten Umfragen zu Pegida geschah dies nicht oder nur sehr eingeschränkt, weswegen Vergleiche auf der Basis identischer Frageformulierungen dort nicht oder kaum möglich waren.

<sup>23</sup> Niedrigere Werte weisen für die gleiche Zeit die Umfragen der Bielefelder Forschungsgruppe zur Menschenfeindlichkeit aus (Zick et al. 2016) – wahrscheinlich weil sie sich Telefonbefragungen bedienten und in diesen soziale Erwünschtheitseffekte gewöhnlich stärker ausgeprägt sind als in face-to-face oder postalischen Befragungen. Zu Sachsen siehe Sachsen Monitor (2016: 293, eigene Berechnungen unter Ausklammerung der Befragten mit keiner Angabe oder „Weiß nicht“-Antwort).

<sup>24</sup> Weiß nicht (2 %) und keine Angaben (1 %) aus der Berechnung von uns ausgeklammert und neu prozentuiert.

## 7. Wahrnehmung der Wendefolgen und Erleben relativer Deprivation

Die Wendezeit brachte eine Krise in das Erleben der DDR Bürger. Die alte Ordnung zerbrach, und eine neue Ordnung wurde geschaffen, Selbstverständlichkeiten wurden in Frage gestellt, Arbeitsplatzverlust bedrohte die Bürger und steigende Kriminalität. Und gleichzeitig eröffneten sich neue Optionen der Freizügigkeit und des Konsums. Zur Zeit der Wende waren sich viele Bürger zwar durchaus bewusst, dass der gesellschaftliche Wandel zunächst mehr Nachteile als Vorteile bringen würde. Aber längerfristig, so meinten sie, würden die Vorteile überwiegen (Scheuch und Scheuch 1991: 428). Dass sich manche Erwartungen – wie die einer baldigen wirtschaftlichen Angleichung – als Illusion erwiesen, dämpfte später die Hoffnungen, tat ihnen aber zunächst nicht notwendigerweise Abbruch. Im Fall der wirtschaftlichen Angleichung wurde – wie die Ergebnisse einer Panelstudie auf der Individualebene in Dresden zeigen – der erwartete Zeitpunkt im Lauf der Zeit von den Befragten zunächst lediglich sukzessiv immer weiter in die Zukunft verschoben (Reuband 2007).

Und wie stellt sich die Situation Jahrzehnte später aus Sicht der Bürger und der Pegida-Teilnehmer dar – einer Zeit, in der sich die wirtschaftliche Angleichung der beiden Landesteile noch immer nicht vollzogen hat und manches, was man sich erhoffte, nicht realisiert wurde? Die Antworten (vgl. *Tabelle 4*) sprechen für eine gewisse Differenziertheit der Wahrnehmung und zugleich von Ambivalenzen in der Beurteilung des Lebens in der DDR. Gefragt, ob das Leben in der DDR im Ganzen gesehen mehr schlechte Seiten gehabt hätte, gute und schlechte Seiten oder mehr gute Seiten, meinten rund drei Viertel der Pegida-Befragten, es hätte sowohl gute als auch schlechte Seiten gegeben. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Personen mit unterschiedlichen Demonstrationsbiographien nicht nennenswert voneinander. Und sie unterscheiden sich auch nicht von der Bevölkerung Sachsens. Auch hier herrschte – wie es Umfragen von 2014 und aus früheren Jahren belegen – eine ähnliche Beurteilung vor (vgl. Schöppner 2014: 5, Donsbach und Förster 2010: 145f.).

Auf die Frage, ob die Wiedervereinigung für sie persönlich mehr Vorteile gebracht hätte, mehr Nachteile

**Tabelle 4: Einstellung zur DDR, den Folgen der Wende und dem subjektiven Erleben relativer Deprivation nach Art der Demonstrationserfahrung (in %)**

	16 Jahre und älter im Jahr 1989				1989 jünger als 16 Jahre	Insgesamt
	Montagsdemo (1989)	Montagsdemo und andere	Sonstige	Keine		
<i>Leben in der DDR</i>						
Mehr schlechte Seiten	12	9	13	11	15	11
Gute und schlechte Seiten	79	81	79	73	75	78
Mehr gute Seiten	10	10	9	16	11	11
<i>Wiedervereinigung</i>						
<i>persönlich</i>						
Mehr Vorteile	55	44	33	47	46	49
Vor- und Nachteile	42	50	53	49	47	46
Mehr Nachteile	3	6	14	5	7	5
<i>Im Vergleich zu anderen Menschen</i>						
Gerechter Anteil	32	33	39	43	37	35
Mehr als gerechter Anteil	5	6	5	5	4	5
Etwas weniger	48	43	37	41	45	45
Sehr viel weniger	14	18	18	11	14	15

*Frageformulierungen:* „Wenn Sie an die Zeit der DDR zurückdenken, was würden Sie sagen? Hatte das Leben im Ganzen gesehen mehr schlechte Seiten – gute und schlechte Seiten – mehr gute Seiten?“; „Bringt die Wiedervereinigung Deutschlands für Sie persönlich mehr Vorteile – Vor- und Nachteile in gleichem Maße – mehr Nachteile?“; „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten – mehr als Ihren gerechten Anteil erhalten – etwas weniger erhalten – sehr viel weniger erhalten?“

oder Vor- und Nachteile gleichermaßen, werden von den Pegida-Befragten die Positionen „Vorteile“ sowie „Vor- und Nachteile“ nahezu gleich stark genannt. Dass es mehr Nachteile gegeben hätte, meint kaum jemand. Die positivste Bilanz ziehen jene, die ausschließlich an den Montagsdemonstrationen der Wende teilnahmen. Bei denen, die auch an anderen Demonstrationen teilgenommen hatten, fällt die Bilanz etwas negativer aus – eine Folge, so vermuten wir, auch der Kritik an sozialen und politischen Umständen, die sie dazu veranlasste, sich zwischenzeitlich an weiteren Demonstrationen zu engagieren. Eine mittlere Position nehmen jene Befragten ein, die bisher nicht demonstrierten – ob aufgrund einer geringeren subjektiven Betroffenheit durch wahrgenommene oder reale Missstände oder weil sie Demonstrationen nicht für ein geeignetes Instrument hielten oder aus anderen Gründen nicht aktiv wurden, sei dahingestellt.

Der Vergleich mit der Bevölkerung Sachsens erbringt – ähnlich wie bei der Einschätzung der DDR – eine weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung. Auch in der Bevölkerung sind es annähernd gleich viele Menschen, die persönlich mehr Vorteile erblicken oder meinen, es hätte für sie Vor- und Nachteile gleichermaßen gegeben. So waren jeweils 44 % der Ansicht, es hätte für sie persönlich „mehr Vorteile“ bzw. „Vor- und Nachteile“ in gleichem Ausmaß gegeben. Nur 7 % glaubten, die Nachteile hätten überwogen (vgl. Schöppner 2014: 6; Donsbach und Förster 2010: 136).<sup>25</sup>

Und wie fällt die persönliche Bilanz aus, wenn es um Fragen relativer Deprivation geht? Im Vergleich dazu wie andere Menschen in Deutschland leben, meinten 40 % der Pegida-Befragten, sie persönlich würden ihren „gerechten Anteil“ oder „mehr als ihren gerechten Anteil“ erhalten. 60 % hingegen glaubten, sie würden „weniger“ oder „sehr viel weniger“ als ihren gerechten Anteil erhalten. Diese Ansicht teilen mehr oder minder alle Befragten in den Subgruppen der Demonstrationsteilnahme – auch jene, die sich einst bei den Montagsdemonstrationen der Wendezeit engagiert hatten. Im ALLBUS, in dem 2016 ebenfalls die Frage wortgleich gestellt wurde, waren demgegenüber 52 % der ostdeutschen Befragten (50 % der Sachsen) der Ansicht, sie würden „weniger“ oder „sehr viel weniger“ als ihren ge-

<sup>25</sup> Würde man wie im Sachsen Monitor lediglich fragen, ob die Vorteile oder die Nachteile überwiegen – die Kategorie „Vor- und Nachteile“ also nicht explizit vorlesen, sondern nachträglich im Rahmen der Feldvercodung erfassen –, würde der Anteil, der die Vorteile betont, noch größer sein (vgl. Sachsen Monitor 2016: 27).

rechten Anteil erhalten.<sup>26</sup> Die Pegida-Anhänger fühlen sich diesen Befunden zufolge also etwas deprivierter als dies in der Bevölkerung der Fall ist. Aber alles in allem halten sich die Unterschiede in Grenzen, belaufen sich auf nur wenige Prozentpunkte.

## 8. Schlussbemerkungen

Die Teilnehmer an den Pegida-Kundgebungen unterscheiden sich von der Bevölkerung in erster Linie in den Einstellungen zum Islam, Flüchtlingen und der Asylpolitik. Sie nehmen häufiger eine Bedrohung wahr, befürworten eher einen restriktiven bis stark ablehnenden Umgang mit der Migration und dem Islam. Und sie äußern sich durchweg unzufriedener mit der Politik und dem staatlichen Handeln. Dabei macht es keinen Unterschied, über welche Arten von Demonstrationserfahrung sie verfügen. Wie sehr sich die politische Unzufriedenheit allein auf Fragen der Asylpolitik und des Flüchtlingszuzugs gründet oder auch auf andere Erfahrungen und Themen, muss an dieser Stelle offen bleiben.

Relative Deprivationserfahrungen und negative Wendeerlebnisse scheinen für die Teilnahme am Pegida-Protest eine eher marginale Rolle zu spielen. Die Unterschiede zu der Bevölkerung sind minimal. Dies legt zusammen mit anderen Befunden zur subjektiven wirtschaftlichen Lage (Reuband 2016b: 171f.) nahe, dass sich der Protest weniger auf soziale Deprivationserfahrungen stützt als auf grundlegende politische Orientierungen (entlang der Links-Rechts-Achse) und auf issue-spezifische Wahrnehmungen und Realitätsdefinitionen. Darauf deuten ebenfalls Erhebungen hin, die sich der Frage der AfD-Wahl widmen (vgl. Schröder 2018). Dass relative Deprivationserfahrungen auf kollektiver, regionaler Ebene womöglich einen Einfluss (vor allem im Einzugsbereich außerhalb Dresdens)<sup>27</sup> ausüben könnten, ist gleichwohl nicht ausgeschlossen.

Der wohl bemerkenswerteste Befund unserer Untersuchung ist, dass die Mehrheit der Pegida-Befragten an den Montagsdemonstrationen der Wendezeit teilnahm. Damit ist nicht gesagt, dass eine Mehrheit der

<sup>26</sup> Eigene Auswertung des ALLBUS 2016 (GESIS Studie ZA5256).

<sup>27</sup> Untergliedert man nach Wohnort, so zeigt sich, dass unter den Pegida-Teilnehmern überproportional die Befragten aus dem Umland von Dresden relative Deprivation bekunden („weniger“ oder „sehr viel weniger“ als gerechter Anteil in Dresden 57 %, Umland von Dresden 68 %, übriges Sachsen 54 %, anderes Bundesland 55 %). Im Umland von Dresden, besonders der Sächsischen Schweiz, sind auch ausländerfeindliche Ressentiments und AfD-Erfolge weiter verbreitet als in Dresden (vgl. Reuband 2019).

damaligen Teilnehmer später Affinitäten zu Pegida oder rechtspopulistischen Parteien entwickelten oder bereits hatten. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Anhänger und Teilnehmer von Pegida sich aus einem spezifischen Segment der damaligen Demonstranten – aus dem eher konservativ-rechten Segment – rekrutierten.

Wie immer bei ihnen auch die ideologische Ausgangsbasis und der spätere Wandel gewesen sein mag – die Tatsache, dass die Mehrheit der Pegida-Teilnehmer an den Montagsdemonstrationen der Wendezeit teilnahm, lässt es wahrscheinlich erscheinen, dass sie durch die Erfahrungen dieser Zeit geprägt wurden, in ihrem inneren Erleben wie auch ihrer Wahrnehmung sozialer Realität. Dies könnte für die Dynamik und das Erscheinungsbild des Pegida-Protests nicht ohne Konsequenzen geblieben sein.

So waren die Montagsdemonstrationen Teil der Massenmobilisierung gegen das DDR-Regime und der Proteste, die heutzutage als ein wesentlicher Grund für den Zusammenbruch des Regimes verstanden werden (vgl. z.B. Zwahr 1995: 214, Mählert 2010: 9). Die Wahrnehmung dieses Erfolgs könnte den Akteuren ein Gefühl der Wirkungsmächtigkeit vermittelt haben. Und vielleicht begründet dieses Gefühl (neben sozialen und ideologischen Momenten), warum sich so viele Menschen wiederholt über einen längeren Zeitraum hinweg zum Pegida-Protest einfinden. Dass die jetzigen Pegida-Kundgebungen in Deutschland etwas zum Besseren ändern – das jetzige Engagement mithin längerfristig Erfolge zeigen wird –, daran zweifelte unter den Teilnehmern zum Zeitpunkt unserer Erhebungen jedenfalls kaum jemand.<sup>28</sup>

Zum anderen war es auf den Montagsdemonstrationen die Losung „Wir sind das Volk“, die das öffentliche Stimmungsbild lange Zeit dominierte. Wenn die ehemaligen Teilnehmer der Montagsdemonstrationen auf den Pegida-Kundgebungen diesen Ruf erneut erschallen lassen, knüpfen sie de facto an eigene frühere Erfahrungen an – und vermitteln sich

selbst so *subjektiv* das Gefühl von Kontinuität und Gewissheit (dass die Stoßrichtung nunmehr eine andere ist, es damals um Inklusion und jetzt um Exklusion geht, ist ein anderes Thema). Sie reproduzieren ihr Selbstbildnis, und übersehen doch, dass die Verhältnisse inzwischen andere sind. Sie überschätzten die Unterstützung der eigenen Position in der Bevölkerung der Bundesrepublik (Reuband 2016b) wie auch in Dresden (zur Dresdner Bevölkerung und ihren Einstellungen zu Pegida vgl. auch Schielicke und Hoffmann 2018: 80f.).

## Literatur

Becker, H.S. (1960): Notes on the concept of commitment, in: American Journal of Sociology, 66, S. 32-40.

Blank, T., H.A. Heinrich und P. Schmidt (2000): Nationale Identität und kollektive Erinnerung der Deutschen: Messung, Erklärung und Veränderung über die Zeit, in: H. Esser, Hrsg., Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland. Wiesbaden, S. 251-276.

Bosak, J. (2006): Riskantes und schnelles Autofahren: Erklärungsansätze für Geschlechterunterschiede, in: SuchtMagazin, 6, S. 3-8.

Daphi, P., D. Rucht, W. Stuppert, S. Teune und P. Ulrich (2014): Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der „Montagsmahnwachen für den Frieden“. ipb Working Paper. Berlin (URL: [https://www.google.com/search?q=occupy-frieden\\_ipb-working-paper\\_web.pdf](https://www.google.com/search?q=occupy-frieden_ipb-working-paper_web.pdf); Zugriff 20.10.2019).

Daphi, P. et al. (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. ipb Working Paper. Berlin (URL: [https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/protestforschung-am-limit\\_ipb-working-paper\\_web.pdf](https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf); Zugriff 20.10.2019).

Daphi, P. et al. (2016): Für Demokratie und gegen die Macht der Konzerne. Motive und Merkmale der Teilnehmenden der Demonstration „TTIP & CETA stoppen. Für einen gerechten Welthandel“ am 10. Oktober in Berlin. ipb Working Paper (URL: [https://www.cprotestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/11/ipb\\_bericht-stop-ttip-befragung.pdf](https://www.cprotestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/11/ipb_bericht-stop-ttip-befragung.pdf); Zugriff 20.10.2019).

Decker, O., Kiess, J. und E. Brähler (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen.

Donsbach, W. und C. Förster (2010): Die Sachsen im wiedervereinigten Deutschland. Erfahrungen und

<sup>28</sup> 82 % gaben an, es würde sich durch Pegida etwas zum Besseren ändern, 17 % glaubten nicht an Veränderungen, und 1 % meinten, Pegida würde Deutschland schaden. Befragte, welche an den Montagsdemonstrationen teilgenommen hatten, unterschieden sich in dieser Frage nicht von den übrigen Befragten – was zweierlei bedeuten kann: dass durch die Teilnahme an den Pegida-Kundgebungen sich die Definition der Wirkungsmächtigkeit auch auf andere Teilnehmer ausgebreitet hat (was angesichts der Dominanz der Teilnehmer der Montagsdemonstrationen nicht verwunderlich wäre). Und/oder dass das Gefühl der Wirkungsmächtigkeit eher auf der Ebene der emotionalen Gewissheit als auf der Ebene der kognitiven Wahrnehmung besteht.

- Einstellungen auf der Basis von 20 Jahren demoskopischer Forschung. Dresden.
- Durchgezählt (2019) *Durchgezählt@* durchgezaehlt. (mobile.twitter.com; Meldungen vom 23.7.2018; 21.10.2018; Zugriff 18.10.2019).
- Faus, R. und S. Storcks (2019): Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken (Friedrich-Ebert-Stiftung). Bonn.
- Förster, P. und G. Roski (1990): DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch. Berlin.
- Geiges, L., S. Marg und F. Walter (2015): PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft. Bielefeld.
- Heidenreich, W. und M. Richter (2009): Parolen und Ereignisse der friedlichen Revolution in Sachsen. Eine quantitative Auswertung. Dresden.
- Jenkel, D. und S. Lippert (1998): Politische Proteste in Leipzig von 1990 bis 1996. Befragungen und Dokumentenanalyse im Vergleich, in: M. Häder und S. Häder, Hrsg., Sozialer Wandel in Ostdeutschland. Wiesbaden, S. 256-285.
- Koch, T. (1998): Ostdeutsche Identitäten in der dualistischen Gesellschaft Bundesrepublik. Ein Modellierungsversuch, in: M. Häder und S. Häder, Hrsg., Sozialer Wandel in Ostdeutschland. Wiesbaden, S. 38-63.
- Köcher, R. (2019): Das ostdeutsche Identitätsgefühl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.07.2019.
- Küttler, T. (1995): Die Wende in Plauen, in: A. Fischer und G. Heydemann, Hrsg., Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Weimar/Köln/Wien, S. 147-156.
- Mählert, U. (2010): Kleine Geschichte der DDR. 7. Aufl. München.
- Mühler, K. und S.H. Wilsdorf (1991): Die Leipziger Montagsdemonstrationen – Aufstieg und Wandel einer basisdemokratischen Institution des friedlichen Umbruchs im Spiegel empirischer Meinungsforschung, in: Berliner Journal für Soziologie, Sonderheft, S. 37-45.
- Mundus, D. (2009): Leipzig 1989. Eine Chronik. Leipzig.
- Noelle-Neumann, E. (1993): The spiral of science. 2<sup>nd</sup> ed. Chicago und London.
- Ohse, M.D. (2009): „Wir sind ein Volk!“ Die Wende in der „Wende“, in: K.-D. Henke, Hrsg., Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München, S. 269-283.
- Opp, K.D. und P. Voß (unter Mitarbeit von C. Gern) (1993): Die volkseigene Revolution. Stuttgart.
- Opp, K.D. und H. Sievers (1998): Politische Partizipation in Ostdeutschland, in: M. Häder und S. Häder, Hrsg., Sozialer Wandel in Ostdeutschland. Wiesbaden, S. 64-97.
- Patzelt, W. (2016): Wer sind und wie denken Pegidianeer?, in: W. Patzelt und J. Klose, Hrsg. Pegida – Warnsignale aus Dresden. Dresden, S. 149-293.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2019): Chronik 1989/1990 – Der Weg zur Deutschen Einheit. URL: <https://www.bundesregierung.de/bregde/themen/deutsche-einheit/friedliche-revolution-und-wiedervereinigung/chronik-der-ereignisse-1989-1990>; (Zugriff 20.10.2019).
- Reuband, K.-H. (2007): Hoffnung auf „blühende Landschaften“ und wirtschaftlichen Wohlstand: Die wirtschaftliche Angleichung von West- und Ostdeutschland im Zeithorizont der Ostdeutschen, in: M. Andel, D. Brandes und J. Pesek, Hrsg., Hoffnung in Wissenschaft, Gesellschaft und Politik in Tschechien und Deutschland. Essen, S. 109-127.
- Reuband, K.-H. (2016a): Pegida im Wandel? Soziale Rekrutierung, politisches Selbstverständnis und Parteipräferenzen der Kundgebungsteilnehmer, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung (MIP), 22, S. 52-69.
- Reuband, K.-H. (2016b): Außenseiter oder Repräsentanten der Mehrheit? Selbst- und Fremdwahrnehmung der Teilnehmer von PEGIDA-Kundgebungen, in: K.-S. Rehberg, F. Kunz und T. Schlinzig, Hrsg., PEGIDA. Bielefeld, S. 165-188.
- Reuband, K.-H. (2017): Die Dynamik des Pegida-Protests. Der Einfluss von Ereignissen und bewegungsspezifischer Mobilisierung auf Teilnehmerzahlen und Teilnehmerzusammensetzung, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung (MIP), 23, S. 112-130.
- Reuband, K.-H. (2019): Fremdenfeindlichkeit und AfD-Wahlerfolge in Sachsen. Wie sehr spiegeln sich regionale Unterschiede in Sachsen in den Einstellungen der Bürger zu Ausländern und Muslimen wider?, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), 25, 2019, S. 13-27.
- Richter, M. (2006): Stagnation, Krisen und friedliche Revolution, in: H. Starke (unter Mitarbeit von U. John), Geschichte der Stadt Dresden. Stuttgart, S. 735-756.

- Richter, M. (2009): Die Revolution in der Provinz – Sachsen zum Beispiel, in: K.D. Henke, Hrsg., *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*. München, S. 198-212.
- Rink, D. (2017): Die Montagsdemonstrationen als Protestparadigma. Ihre Entwicklung von 1991 bis 2016 untersucht am Beispiel der Leipziger Protestzyklen, in: P. Daphi, N. Deitelhoff, D. Rucht und S. Teune, Hrsg., *Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests (Leviathan, Sonderband 33/2017)*. Baden-Baden, S. 282-305.
- Rippl, S. und D. Baier (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57, S. 644-666.
- Rucht, D. (2003): Die Friedensdemonstranten – wer sind sie, wofür stehen sie?, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 16, Heft 2, S. 10-13.
- Rucht, D. und M. Yang (2004): Wer demonstrierte gegen Hartz IV?, in: *Forschungsjournal neue soziale Bewegungen*, 17, Heft 4, S. 21-27.
- Sachsen Monitor (2016) Tabellenband: Dresden (URL: <https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2016-4038.html>; Stand 20.10.2019).
- Sächsische Zeitung (2019): Pegida hat den Zenit überschritten, in: *Sächsische Zeitung* 21.10.2019, S. 13.
- Scheuch, E.K. und U. Scheuch (1991): *Wie deutsch sind die Deutschen?* Bergisch Gladbach.
- Schlegelmilch, C. (1995): Die politische Wende in der DDR am Beispiel der sächsischen Stadt Wurzen, in: A. Fischer und G. Heydemann, Hrsg., *Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen*. Weimar/Köln/Wien, S. 117-146.
- Schöppner, H.J. (2014): *25 Jahre Friedliche Revolution. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Sachsen*. TNS-Emnid/Freistaat Sachsen. Bielefeld/Dresden (nicht mehr über „sachsen.de“ zugänglich).
- Schröder, M. (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. *SOEP Papers* 975. Berlin.
- Sieverding, M. (2000): Risikoverhalten und präventives Verhalten im Geschlechtervergleich: Ein Überblick, in: *Zeitschrift für Medizinische Psychologie*, S. 7-16.
- Statista (2019): Sollte Ihrer Meinung nach der Bau von Moscheen grundsätzlich verboten sein? (URL: [de.statista.com](https://www.de.statista.com); Stand 18.10.2019).
- Vorländer, H., H. Maik und S. Schäller (2015): *Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung zu PEGIDA-Demonstrationen in Dresden*. Schriften zur Verfassungs- und Demokratieforschung 1/2015. Dresden.
- Westle, B. (1999): *Kollektive Identität im vereinten Deutschland. Nation und Demokratie in der Wahrnehmung der Deutschen*. Opladen.
- Zick, A., B. Küpper und D. Krause (2016): *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn.
- Zwahr, H. (1995): Die Revolution in der DDR 1989/90, in: A. Fischer und G. Heydemann, Hrsg., *Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen*. Weimar/Köln/Wien, S. 205-252.